

Stellungnahme der Zusammenkunft aller Physik-Fachschaften

Bildungszugang von Geflüchteten

Die ZaPF fordert einen freien Zugang zu allgemeinen Bildungsressourcen und infrastrukturen (öffentl. Bibliotheken, Volkshochschulen, Goethe-Institut etc.) für Geflüchtete. Insbesondere soll für Geflüchtete die Aufnahme bzw. Weiterführung eines Studiums vereinfacht werden.

Es sollte für Geflüchtete, die aktuell keine Hochschulzugangsberechtigung oder Nachweise über bisherige Studienleistungen vorlegen können, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus die Möglichkeit bestehen, Studienleistungen zu erbringen¹.

Darüber hinaus soll der Zugang zur universitären Infrastruktur gegeben sein (z.B. Hochschulsport, Hochschulnetzwerke, Computerpool, Sprachkurse). Der Bund und die Länder haben dafür Sorge zu tragen, dass die genannten Maßnahmen weder den Geflüchteten noch den Hochschulen zu Lasten fallen. Neben der Studienfinanzierung über das BAföG muss es verstärkt unkomplizierte Stipendienprogramme geben, um Geflüchtete gezielt zu unterstützen. Die Hochschulen haben als Orte gesellschaftlichen Fortschrittes eine Vorbild- und Vorreiterfunktion, insbesondere sollten sie mittels eines offenen und respektvollen Umgangs mit Geflüchteten öffentlich Stellung beziehen, um Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit entgegen zu treten. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Informationen über die verschiedenen Angebote zielgruppengerecht in transparenter und kompakter Art und Weise zur Verfügung stehen.

Verabschiedet am 22.11.2015 in Frankfurt

¹d.h. vorbehaltlich einer späteren Prüfung der nachzureichenden Hochschulzugangsberechtigung bzw. Nachweise über bisherige Studienleistungen Prüfungen ablegen zu dürfen